zeugung nach bringt Deregulierung nicht nur Positives, sondern kann auch negative Folgen haben. „Uns liegt beispielsweise die Meisterpflicht sehr am Herzen. Es gibt Leitplanken, die wir beschützen müssen“, sagte Poschmann. Wichtig sei es, die deutsche Qualität zu wahren und keine faulen Kompromisse einzugehen. „Unter unsere Standards sollten wir nicht gehen“, betonte die Sozialdemokratin. Dem konnte BFB-Vizepräsident Ewer nur zustimmen, der zudem eine europäische Mindestqualität forderte.

Tino Sorge, der für die CDU im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages sitzt, vertrat dagegen eine striktere Meinung. Für ihn gibt es EU-weit keinerlei Deregulierungsbedarf. „Ich kann nicht erkennen, dass derzeit etwas im Argen liegt“, sagte er. „Wir fahren mit den berufsrechtlichen Regelungen und Berufsordnungen in Europa doch sehr gut.“

Rein ökonomische Kennzahlen helfen nicht weiter

Obwohl sich die erste Diskussionsrunde hauptsächlich um die Frage „Mehr Wirtschaftswachstum durch Lockerung berufsrechtlicher Regulierung?“ drehen sollte, blieb der ökonomische Aspekt eher Nebensache. EU-Experte Tiedje sagte, dass nach Ansicht der EU-Kommission die Berufszugangs- und Berufsausübungsregelungen in Europa das Wirtschaftswachstum bremsen. Dem entgegnete BFB-Vizepräsident, dass „die rein ökonomischen Kennzahlen nicht hilfreich sind. Wir müssen schon auch sehen, was unserer Gesellschaft gut tut“.

Professor Achim Wambach, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), berichtete, dass die Auswirkungen von Deregulierung auf EU-Ebene durchaus positiv sein können. „Es gibt einige signifikante positive Effekte, zum Beispiel bezüglich Infrastruktur und Innovationen“, sagte Wambach. Der ZEW-Präsident hielt Regulierung dort für sinnvoll, wo die Qualität von den Konsumenten nicht kontrolliert werden könne. „Aber ein Pauschaldiskurs zur Deregulierung hilft in Europa nicht weiter“, ist auch Wambach überzeugt.

Melanie Fügner

Impulsreferat von Anette Widmann-Mauz

Bundesregierung gegen Normierung im Gesundheitswesen

Aus dem Bundesgesundheitsministerium war die Parlamentarische Staatssekretärin Anette Widmann-Mauz (CDU) zu Gast beim Europatag. In einem Impulsreferat erinnerte sie an die Idee einer europäischen Gemeinschaft. „Viele vergessen, welcher Segen die Europäische Union auch ist. Nationale Egoismen verdrängen den solidarischen Gedanken oft“, kritisierte die Christdemokratin. Der europäische Binnenmarkt müsse neue Geschäftsideen und Innovationen unbedingt zulassen. „Aber ein grenzenloser Binnenmarkt ist nicht wünschenswert“, betonte Widmann-Mauz. Die Ankündigung der EU-Kommission, Normierungssysteme einzuführen, begrüße die Bundesregierung generell, teilte die Staatssekretärin mit. Allerdings sei bei Berufsfeldern Vorsicht geboten, auf denen ohnehin schon etliche Reglementierungen den Alltag beherrschten. Als Beispiel nannte Widmann-Mauz das Gesundheitswesen. Da die Unterschiede der medizinischen Standards in den EU-Mitgliedstaaten sehr groß seien, könne es nur eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geben. Und das sei für Deutschland eindeutig zu wenig. Deshalb habe die Bundesregierung in einer Stellungnahme gegen die Normierung im europäischen Gesundheitswesen plädiert.

mf